

Nachhaltigkeitsgenossenschaften als gemeinwohlorientierte, ökologische und belegschaftsfreundliche Unternehmensform

Abstract

PROBLEMAUFRISS UND RELEVANZ: Der traditionsreiche Automobilstandort Steyr – konkret: das größte LKW-Werk der Alpenrepublik – steht wieder einmal vor dem Aus. Dem in München ansässigen MAN-Konzern ist der Profit seines österreichischen Tochterunternehmens zu gering. Auch der Standortsicherungsvertrag, der eigentlich bis 2030 gelten sollte, interessiert ihn nicht mehr und wurde 2020 einseitig gekündigt. Der vom Konzern angestrebte Verkauf an einen befreundeten Großinvestor ist (vorerst) am Votum der Belegschaft gescheitert. Dessen Zukunftskonzept umfasste zur Steigerung des Unternehmensgewinns vor allem auch Arbeitsplatzabbau, drastische Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Die Zeit ist überreif für eine sozial-ökologische und staatlich unterstützte Neuausrichtung des Geschäftsmodells. Ansätze von der Abwicklung fossiler Produktionslinien bis hin zur Unternehmenskonversion gibt es viele. Das aktuelle Entscheidungszentrum hat das jedoch weitgehend verdrängt, während ihrem Wunschnachfolger Wolf zumindest eine Diversifizierung mit Bussen, Kleintransportern und Elektroantrieben vorschwebt.

Die Rettungsdiskurse kreisen ausnahmslos um die Fortsetzung einer weitgehenden Alleinherrschaft durch neue Eigentümer*innen einerseits und um eine Staatsholding andererseits. Eine solche temporäre Verstaatlichung über die ÖBAG brachten jüngst SPÖ-Kreise ins Spiel, um der Schließung oder dem Wechsel des Profit abschöpfenden Inhabers entgegenzuwirken. Doch dafür gibt es zurzeit keine Mehrheit, zumal das Führungspersonal der ÖBAG wegen ihrer bis ins Kanzleramt reichenden Günstlingswirtschaft aktuell in Misskredit geraten ist. Doch bei Unternehmensumstrukturierungen gibt es nicht nur diese beiden altbekannten Antagonismen, sondern auch eine vielfach übersehene dritte Strategie. Sie hätte das Potenzial, demokratische Aspekte mit den Notwendigkeiten einer sozial-ökologischen Transformation, einer starken Verankerung und Ausstrahlung in der Region sowie mit ökonomischen Lösungsangeboten jenseits des Unternehmens ganzheitlicher zu verbinden.

FRAGESTELLUNG UND METHODIK: Mein Beitrag thematisiert die Eigentums-, Mitbestimmungs- und Nachhaltigkeitsfragen grundlegend neu. Konkret analysiert er, welche Potenziale Genossenschaften böten, um regional fest verankerte, durchweg sozial-ökologisch ausgerichtete und beschäftigungsfreundliche Arbeitsplätze mit Sinn und Mehrwert für die Gesellschaft dauerhaft zu erhalten. Hierfür entwickle ich das Konzept einer Nachhaltigkeitsgenossenschaft, deren Grundzüge exemplarisch am potenziellen oberösterreichischen Konversionsfall MAN Steyr dargestellt wird. Dabei soll möglichst ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, der u. a. transformationsstrategische, kreislaufwirtschaftliche, demokratietheoretische, geld- und fiskalpolitische Aspekte bedenkt. Das umfasst auch, Stärken, Schwächen, Grenzen und wesentliche Voraussetzungen, vor allem Finanzierungsoptionen, zu reflektieren.

ZWISCHENERGEBNISSE: Mein politischer Essay basiert auf Erkenntnissen und Forschungen im Rahmen und Nachgang des Projektes *Social-Ecological Transformation: Industrial Conversion and the Role of Labour (CON-LABOUR)* unter der Leitung von Ulrich Brand, Universität Wien.

Staatsbeteiligungen bzw. Staatsförderungen sind in historischen und technologischen Umbruchsituationen eine der zielführendsten und oftmals demokratischsten Varianten, wenn der Beispielstaat selbst demokratisch verfasst ist. Varianten sind die Geschäftsgründung im staatlichen Auftrag, gezielte Subventionen, die Verstaatlichung bzw. die temporäre Beteiligung mit Risikokapital, die mitunter sogar explizit mit Blick auf eine spätere Re-Privatisierung erfolgt. Die politische Kunst besteht heute darin,

- die dringende Notwendigkeit eines sozial-ökologisch radikalen, zugleich jedoch auch unternehmerisch sinnvollen Umbaus eines Unternehmens
- mit dem Wunsch nach dessen dauerhaft gesicherter regionaler Verankerung,
- mit Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit,
- mit dem Auf- und Ausbau resilienter regionaler Wertschöpfungsketten, Wirtschafts- und Steuerkreisläufe,
- mit hoher Mitbestimmung und wertschätzender Inklusion des Wissensschatzes der Beschäftigten,
- mit fortwährenden Investitionen in Produktionskapital und Beschäftigte,
- mit der verzweifelten Suche von Banken nach guten langfristigen Kapitalanlagen,
- und schließlich mit einem guten demokratischen Interessenausgleich aller Stakeholder

zusammen unter einen Hut zu bringen.

Als Lösung bietet sich hierfür die Option an, eine gemeinwohlorientierte Genossenschaft nach nationalem bzw. EU-Recht zu gründen. Belegschaften und regionale Akteure aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft würden selbstbestimmter und vernetzter arbeiten. Der Renditedruck wäre deutlich geringer. Ebenso wären Arbeitszeitverkürzung, Preissenkungen und Einkommensgerechtigkeit einfacher realisierbar. Als Genossenschaftler*innen sind sie unabhängig von den Launen und Zufälligkeiten eines einzelnen Großinvestors, dem Standort, Beschäftigte und gesamtgesellschaftliche Transformationsziele im Zweifel völlig egal sind. Zugleich würde parteipolitischer Klüngelei und Präferenzen wie bei einer Staatsholding entgegengewirkt.

Notwendige Investitionsmittel könnten über dezidiert »grüne« Anleihen finanziert werden, die über in der Region tätige Banken vertrieben werden könnten. Diese hätten dann zudem die Möglichkeit, ihre negativverzinsten Einlagen bei der EZB durch klimastrategische zinstragende Investments abzubauen. Je nach politischen Bedingungen kämen sie auch für ökosoziale Anleihenkaufprogramme bzw. eine nachhaltige Geld- & Anlagepolitik der Zentralbanken infrage.

Kongress Momentum2021: Arbeit

- Ort und Zeit: 14.–17.10.2021 in Hallstatt
- Track-Zuordnung: 3 (Zukunft der Arbeit) oder 5 (Verteilung von Arbeit)

Persönliches

- Abschluss als Magister Artium
- zurzeit Doktorand der Sozialwissenschaften, Universität Erfurt, Center for Political Practices and Orders
- Mitarbeit im 2020 abgeschlossenen Forschungsprojekt *Social-Ecological Transformation: Industrial Conversion and the Role of Labour (CON-LABOUR)* unter der Leitung von Prof. Dr. Ulrich Brand, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft